

# Inhaltsverzeichnis

<b>Einleitung: Die Technik, das Recht, der Gesetzgeber .....</b>	<b>17</b>
I. Grundsätzliche Überlegungen zu Recht und Technik .....	18
II. Die Struktur gesetzgeberischer Reaktion auf Technik – Thesen .....	23
III. Gang der Untersuchung .....	29
<b>Teil 1</b>	
<b>Mehr als nur ein Zeitrahmen .....</b>	<b>31</b>
<i>Kapitel 1</i>	
<b>Die tatsächliche Geschichte des Internet .....</b>	<b>31</b>
§ 1 Vorbemerkung .....	31
§ 2 Die Institution .....	32
I. Die Entstehungsgeschichte der ARPA .....	33
II. Die Organisation .....	35
1. Das Gesetz .....	35
2. Die Arbeitsstruktur .....	36
3. Der militärische Kontext .....	37
§ 3 Das Projekt .....	38
I. Die IPTO (Information Processing Techniques Office) .....	38
1. Information Processing und Command & Control .....	38
2. Der Wissenschaftler: J. C. R. Licklider .....	39
a) Die Vision, die Mission .....	40
b) Die Anstellung .....	40
3. Die Institution in der Institution: Die Schaffung der IPTO .....	41
II. Das Projekt Netzwerk – das ARPANET .....	42
1. Dramatis personae und deren Motivation .....	43
2. Impulse .....	46
a) Die Forschung in Großbritannien .....	46
b) Paul Baran, das RAND Projekt .....	46
c) Die Verknüpfung .....	47
III. Vom ARPANET zum Internet .....	49
1. ARPANET .....	49
a) Die Errichtung .....	49
b) Die Veröffentlichung .....	50
c) Die Weiterentwicklung .....	51
2. Das Internetting Project .....	52
3. Der Einfluß des Militärs .....	53

a) Direkte militärische Einflußnahme? .....	54
b) Indirekte militärische Einflußnahme? Das Projekt RAND, Paul Baran .....	56
§ 4 Der Selbstläufer .....	59
I. Die Entwicklung in den U.S.A. ....	59
1. Andere Netze .....	59
2. Mehr als ein Begriffswechsel: vom ARPANET zum Internet .....	60
a) „Internetting“ .....	60
b) Weiterentwicklung – das NSFNET .....	61
3. Die 90er Jahre – der Kommerz .....	62
a) Die Acceptable Use Policy des NSFNET .....	63
b) Hintertüren der Kommerzialisierung .....	64
c) Die Selbstregulierung des Selbstläufers – die Gründung der Internet Society (ISOC) .....	65
4. Das Internet wird benutzerfreundlich – Das World Wide Web .....	66
a) Der Ursprung – die Vision .....	66
b) Die Idee .....	67
c) Going global – die Veröffentlichung .....	68
d) Die Institutionalisierung .....	69
5. Exkurs: Die Digitalisierung .....	71
a) Der binäre Code der Computer .....	72
b) Die Digitalisierbarkeit von Bewegtbild und Ton .....	72
c) Digitalisierung, Konvergenz der Medien und die Rolle des Internet .....	74
II. Die Entwicklung in Europa .....	74
1. Europäische Netzwerke .....	75
2. Europa, die RARE und das falsche Pferd .....	76
a) Die RARE (Réseaux Associés pour la Recherche Européenne) .....	76
b) Das falsche Pferd ISO/OSI .....	77
3. Europa und das Internet – RIPE (Réseaux IP Européens) .....	79
III. Die Entwicklung in Deutschland .....	80
1. Das Deutsche Forschungsnetzwerk gegen das Internet .....	81
a) Das Deutsche Forschungsnetzwerk (DFN) .....	81
b) Die versagte Unterstützung .....	83
2. Und wann „ging Deutschland online“? .....	84
a) „Das Internet“ organisiert sich – auch in Deutschland .....	85
b) Von DATEX-P zu t-online .....	87
c) Wieviele Deutsche sind online? Zahlen .....	87
IV. Ende der Betrachtung – Zusammenfassung .....	88

## Teil 2

### Vergleichsmaterial und Impulsgeber 90

#### Kapitel 2

### Vergleichsmaterial – die gesetzgeberische Reaktion auf das Internet in den U.S.A. 90

#### I. Wer ist der amerikanische Gesetzgeber und wie setzt er Recht? 91

1. „All legislative Powers (...) shall be vested in a Congress of the United States“ .....	91
2. Der Gang der Dinge: Hopper – engrossment – enrollment .....	92
II. Die Reaktion des amerikanischen Gesetzgebers auf das Internet – Entwicklungslinien .....	94
1. Die Anfänge: Der 101. Kongreß (1989–1990) – Stolz, Förderung und Schutz .....	94
a) Motiv Ausbau der Führungsposition durch Förderung .....	95
b) Motiv Schutz: Erste regelungsbedürftige Probleme .....	96
2. Der 102. Kongreß (1991–1992) – Förderung durch gezielte Nutzung .....	99
a) Staatlich verordnete Nutzung des Internet? .....	99
b) Kommerzielle Nutzung des Internet? .....	100
3. Der 103. Kongreß (1993–1994) – kritische Stimmen melden Bedenken an ...	102
a) Förderung durch Abbau von Hemmnissen .....	103
b) Die Wahrnehmung des Internet im Kongreß – kritische Stimmen .....	104
4. Der 104. Kongreß (1995–1996) – der Communications Decency Act .....	105
a) Der Inhalt .....	106
b) Das Urteil .....	107
5. Der 105. Kongreß (1997–1998) – das Erkennen des Wirtschaftsraums Internet .....	108
a) Das politische Programm zum e-commerce .....	108
b) Die gesetzgebende Gewalt und der e-commerce .....	111
aa) Gesetze und Entwürfe zum Wirtschaftsraum Internet .....	111
bb) Ein Einblick in das Spektrum sonstiger regelungsbedürftiger Themenkreise .....	115
6. Der 106. Kongreß (1999–2000) – die Ermöglichung des e-commerce .....	117
a) Die digitale Signatur und ihre Rechtswirkung .....	118
b) Steuern? .....	119
III. Zusammenfassung .....	119

### Kapitel 3

#### Gemeinschaftsrechtliche Vorgaben? – Die Reaktion des Gesetzgebers der EU auf das Internet 121

I. Wer ist der Gesetzgeber der EU? .....	122
1. Das Normsetzungsverfahren .....	123
2. Die Bedeutung der Kommission im Gesetzgebungsverfahren .....	124
II. Die EU auf dem Weg zur Regulierung des Internet .....	126
1. Die nahende Informationsgesellschaft und das Vertrauen auf die Marktkräfte. Der Bangemann-Report, Mai 1994 .....	127
2. Die Fortsetzung – legislative Aktion zu einem diffusen Regelungsgegenstand. Der Aktionsplan, Juli 1994 .....	129
3. Zeit des Nachdenkens – die Mitteilung der Kommission, Juli 1996 .....	131
4. Die erste Auseinandersetzung mit dem Phänomen Internet. Die Mitteilung der Kommission über illegale und schädigende Inhalte im Internet, Oktober 1996 .....	133

5. Der Wirtschaftsraum Internet soll erschlossen werden. Mitteilung der Kommission, April 1997 .....	134
6. Ein wesentliches Phänomen wird erkannt. Das Grünbuch zur Konvergenz, Dezember 1997 .....	136
7. Der Erkenntnis folgen konkrete Absichten. Der Kommunikationsbericht 1999 .....	139
III. Regelungsentwürfe und Regelungen des Internet – Weichen werden gestellt ....	143
1. Regelungsblock Nr. 1: Die Übertragung .....	144
a) Ziele der neuen Regelung .....	144
b) Der Vorschlag – das Regelungspaket vom Juli 2000 .....	146
aa) Die vorgeschlagene Rahmenrichtlinie (Richtlinie über einen gemeinsamen Rechtsrahmen für elektronische Kommunikationsnetze und -dienste) .....	146
bb) Richtlinienvorschlag über den Universaldienst und Nutzerrechte bei elektronischen Kommunikationsnetzen und -diensten .....	147
cc) Richtlinienvorschlag über den Zugang zu elektronischen Kommunikationsnetzen und zugehörigen Einrichtungen sowie deren Zusammenschaltung .....	147
dd) Richtlinienvorschlag über die Verarbeitung personenbezogener Daten und den Schutz der Privatsphäre in der elektronischen Kommunikation .....	148
ee) Richtlinienvorschlag über die Genehmigung elektronischer Kommunikationsnetze und -dienste .....	149
ff) Vorschlag einer Verordnung über den entbündelten Zugang zum Teilnehmeranschluß .....	149
2. Regelungsblock Nr. 2: Der Inhalt – spezifische Regelungen des Internet ....	150
a) Die Richtlinie über den elektronischen Geschäftsverkehr .....	151
aa) Ziel und Zweck der E-Commerce-Richtlinie .....	152
bb) Inhalt der E-Commerce-Richtlinie .....	153
b) Die Richtlinie über gemeinschaftliche Rahmenbedingungen für elektronische Signaturen („Signaturrichtlinie“) .....	157
aa) Ziel der Richtlinie .....	157
bb) Inhalt der Richtlinie .....	158
IV. Zusammenfassung .....	160

### Teil 3

<b>Der deutsche Gesetzgeber und das Internet</b>	<b>162</b>
--	------------

#### *Kapitel 4*

<b>Die fünf Phasen der Reaktion des deutschen Gesetzgebers auf das Internet</b>	<b>162</b>
§ 1 Exkurs: Wer ist „der deutsche Gesetzgeber“? Ein brain-storming .....	162
1. Die Handelnden und ihr Zusammenspiel: „Der Gesetzgeber“ als Netzwerk der Handelnden mit dem Knotenpunkt Bundestag .....	163
2. Das Gesetzgebungsverfahren: Ein Abriß .....	165

a) Die Initiative .....	165
b) Die parlamentarische Arbeit an der Vorlage .....	167
§ 2 Phase 1: Interessiertes Beobachten und „das können wir auch“ .....	170
I. Die 10. Wahlperiode (1983–1987): Das Nahen der Informationsgesellschaft ....	170
1. März 1983 – Bestandsaufnahme in dem Bericht „Neue Informations- und Kommunikationstechniken“: Alle wichtigen Industrieländer haben oder planen Datennetze .....	171
2. Bundesbericht Forschung 1984: Was andere Industrieländer wollen, wollen wir auch. Staatliche Förderung für das Deutsche Forschungsnetzwerk (DFN) .....	172
II. Die 11. Wahlperiode (1987–1990): Schlüsseltechnologie Informationstechnik – der amerikanischen Herausforderung durch eigene Forschung begegnen ..	175
1. Oktober 1989 – Stärkung des deutschen/europäischen Technologiepotentials: Förderung auch für das EUREKA Projekt COSINE, oder: Sporen für das falsche Pferd .....	175
2. Neue Technik, neue Gefahren. Ein Computervirus, der Zusammenbruch des ARPANET und die Schaffung des Bundesamts für Sicherheit in der Informationstechnik. Aus den negativen Erfahrungen anderer lernen .....	179
III. 12. Wahlperiode (1990–1994): Das wiedervereinigte Deutschland hat andere Sorgen? Zu berichten ist, daß nichts zu berichten ist .....	181
1. Kleine Anfrage zu Computernetzwerken und Kinderpornographie: Die Bundesregierung beobachtet die Anwendung von Strafvorschriften auch im Hinblick auf die Computertechnik .....	181
2. Bundesbericht Forschung 1993: Die Vorreiterrolle des DFN-Projektes – Vorreiter auf dem falschen Pferd .....	183
§ 3 Phase 2: Die eilige Suche nach der adäquaten Reaktion – Experten gefragt .....	184
I. „Mit Multimedia auf der Datenautobahn in die Informationsgesellschaft“ – Der Bericht des TAB vom September 1995 stellt einiges klar .....	185
II. Statt Technikfolgenabschätzung: Enquete-Kommission „Zukunft der Medien in Wirtschaft und Gesellschaft – Deutschlands Weg in die Informationsgesellschaft“, Dezember 1995 .....	187
III. Die Empfehlungen des Technologierates, Dezember 1995 .....	189
1. Wer ist der Technologierat? .....	190
2. Was hat er festgestellt, was hat er empfohlen? .....	190
a) Das Internet (nur) ein Teil der „dritten technologischen Revolution“ .....	190
b) Wettbewerbs- und marktorientierte rechtliche Rahmenbedingungen für die dritte technologische Revolution .....	191
§ 4 Phase 3: Kompetenzrechtliche Probleme und ihre Lösung – der Bund, die Länder und „Multimedia“ .....	194
I. Das Problem: Alle wollen Multimedia (regeln) .....	194
1. Die Aktion der Länder .....	195
2. Die Reaktion des Bundes .....	197
a) Info 2000 – Die Potentiale der Informationsgesellschaft kann nur ein Bundesgesetz realisieren .....	197
b) Eckwerte des „Multimedia-Gesetzes“ – Rechtliche Rahmenbedingungen für neue Informations- und Kommunikationsdienste .....	199
3. Und wieder sind Experten gefragt: Das Gutachten von Bullinger/Mestmäcker .....	200

II. Die Lösung: Teledienste für den Bund, Mediendienste für die Länder .....	202
§ 5 Phase 4: Erster! Mit dem IuKDG schafft Deutschland als erster Staat weltweit einen Rechtsrahmen auch (?) für das Internet .....	206
I. Der Entwurf des IuKDG .....	206
1. Das Ziel: Verlässliche Grundlagen für die Entwicklung der Informations- und Kommunikationstechnik zu schaffen – aktive Gestaltung des Wandels zur Informationsgesellschaft .....	207
2. Struktur und Inhalt des Artikelgesetzes IuKDG .....	208
a) Das Teledienstegesetz – TDG (Art. 1 IuKDG) .....	208
b) Das Teledienstedatenschutzgesetz – TDDSG (Art. 2 IuKDG) .....	212
c) Das Gesetz zur digitalen Signatur (SigG) (Art. 3 IuKDG) .....	212
d) Änderung des StGB, Änderung des OWiG, Änderung des GjS, Änderung des UrhG, Änderung des Preisangabengesetzes (Art. 4–9 IuKDG) .....	213
II. Der weite Anwendungsbereich des Gesetzes und die Beschränkung der Diskussion auf das Internet: Arbeit am und Diskussion um das IuKDG .....	216
1. Die Ankündigung des Kabinettsentwurfs: Das Internet darf kein rechtsfreier Raum sein .....	216
2. Grundlinien der 1. Beratung, April 1997 .....	217
a) Rahmenbedingungen, um das Potential der neuen Medien auszuschöpfen oder unerwünschte Überregulierung? .....	218
b) Fokus illegale und schädigende Inhalte im Internet: Die Frage der Durchsetzbarkeit ist zweitrangig .....	219
3. Die Ausschubarbeit: Politische Mehrheitsverhältnisse prägen Arbeit und Ergebnis .....	221
4. Die 2. und 3. Beratung des Entwurfes .....	224
a) Die Regierungsfraktion: „Heute ist ein guter Tag für Deutschland!“ .....	225
b) Die Opposition: Ein „durchgepeitschter“ Gesetzentwurf – der dem Phänomen der Konvergenz nicht Rechnung trägt .....	226
c) Der Beschluß – verabschiedet mit Berichtspflicht .....	228
5. Der Bundesrat – 2. Durchgang .....	229
III. Zusammenfassung .....	229
§ 6 Phase 5: Erfahrungen mit dem IuKDG und gemeinschaftsrechtliche Impulse .....	231
I. Erfahrungen als Entscheidungsgrundlage: Der IuKDG-Bericht .....	232
1. Erfahrungen und Handlungsbedarf .....	233
a) Das TDG, die Unterscheidung von Telediensten und Mediendiensten und das Phänomen der Konvergenz .....	233
b) Der Komplex Jugendschutz .....	236
II. Die Reaktion des Gesetzgebers auf den e-commerce .....	237
1. Die Änderung des SigG und die Umsetzung der Signaturrechtlinie .....	238
2. Die gesetzliche Regelung der Rechtswirkungen elektronischer Signaturen und die Anpassung der Formvorschriften des Privatrechts an die Erfordernisse des modernen Geschäftsverkehrs .....	240
3. Das „Kernstück der Internetwirtschaft“ – der Entwurf eines Gesetzes über rechtliche Rahmenbedingungen für den elektronischen Geschäftsverkehr ....	241
a) Ein neues Gesetz oder Anpassung des geltenden Rechts? .....	242
b) Umsetzungsbedarf im Einzelnen .....	243
III. Zusammenfassung .....	245

*Kapitel 5*

**Rückschlüsse für das Verhältnis von Technik und Recht 249**

I. Die Reaktion des deutschen Gesetzgebers im Vergleich .....	250
II. Die Reaktion des deutschen Gesetzgebers im Lichte der Thesen zu „Recht und Technik“ .....	254
1. Subjektiv war der Gesetzgeber mit dem IuKDG Wegbereiter, objektiv hinkte er hinterher .....	254
2. Die kontinuierliche Begleitung einer Technologie ist möglich .....	255
3. Mit dem IuKDG hat der Gesetzgeber (zu?) früh gehandelt .....	255
4. Das IuKDG – trotz Unsicherheiten kein experimentelles Gesetz .....	256
5. Das IuKDG – kein Zweckprogramm, sondern ein abgesteckter Rahmen .....	257
6. Das IuKDG – Gesetz ohne gemeinschaftsrechtliche Vorgaben .....	258
7. Das IuKDG – Gesetz ohne vorherige Rechtsvergleichung .....	258

**Quellenverzeichnis ..... 260**

Kapitel 1 .....	260
1. Interviews .....	260
2. Redebeiträge .....	260
3. Sonstige Quellen .....	260
Kapitel 2 .....	262
1. 101. Kongreß (1989–1990) .....	262
2. 102. Kongreß (1991–1992) .....	262
3. 103. Kongreß (1993–1994) .....	262
4. 104. Kongreß (1995–1996) .....	263
5. 105. Kongreß (1997–1998) .....	263
6. 106. Kongreß (1999–2000) .....	263
7. Sonstige Quellen .....	263
Kapitel 3 .....	264
1. Dokumente der Europäischen Kommission .....	264
2. Sonstige Quellen .....	265
Kapitel 4 .....	266
1. Bundestagsdrucksachen .....	266
2. Bundestags-Plenarprotokolle .....	268
3. Bundesrats-Drucksachen .....	268
4. Sonstige Quellen .....	269
5. Gesetze .....	269

**Literaturverzeichnis ..... 270**

**Personen- und Sachregister ..... 285**